

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 2 Mk., durch unsere Vertreter eingetragen in der Stadt monatlich 2 Mk., auf dem Lande 2 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 Mk. mit Zustellungsgebühr. Die Postanstalten und Postboten stellen unsere Auslieferung und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inseratpreis. 10. für die 6 gelblichste Korpusgröße oder deren Raum, Resten, die 2 hellste Korpusgröße 20. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Ermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gelblichste Korpusgröße 20. Nachvollzugsgebühr 50 Pfg. Angelegentlichkeiten bis viermalige 10 Wfr. für die Rückgabe der durch Fernruf übermittelten Ausgaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Erlaubnis ist strafbar. Wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Ercheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Häufig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 302

Mittwoch den 28. Dezember 1921.

80. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

### Maul- und Klauenseuche.

Das Wiederaufleben der Maul- und Klauenseuche veranlaßt die Amtshauptmannschaft, erneut auf folgende Bestimmungen, deren genaueste Einhaltung unbedingt notwendig ist, hinzuweisen.

1. Bei dem ersten Seuchenausbruch in einer Gemeinde hat von dem Besitzer und von dem von diesem zugezogenen Privatierarzt sofortige schriftliche Mitteilung an den Gemeindevorstand zu erfolgen, der diesen durch Fernspruch sofort an die Amtshauptmannschaft und an den Bezirkstierarzt weiter zu geben hat. Handelt es sich um einen selbständigen Gutsbezirk, so tritt an die Stelle des Gemeindevorstandes der Gutsvorsteher.

2. Bei weiteren Seuchenausbrüchen ist dem Gemeindevorstande sofortige Anzeige zu erstatten, die dieser schriftlich unter genauer Angabe der Klauenviehbestände:

- a) Rinder einschließlich der Kälber
- b) Schafe
- c) Schweine einschließlich der Ferkel
- d) Ziegen

dem Bezirkstierarzt weiter zu geben hat.

3. Auf alle Seuchenanzeigen hat der Gemeindevorstand oder Gutsvorsteher sofort vorläufige Sperrmaßnahmen anzuordnen, und die weitere Viehaustritt zu verbieten.

4. Für die Untersuchung von Zucht- und Nutzvieh und Ferkeln, deren Ausführung aus dem Beobachtungsgebiet genehmigt ist, ist nur der Bezirkstierarzt zuständig.

5. Die Untersuchung von Schlachtvieh aus den Beobachtungsgebieten, sowie in unversehrten Gefächten in den Sperrgebieten, ebenso die Beaufsichtigungen von Schlachtungen in den Sperrgebieten sind von den Privatierärzten vorzunehmen.

Meissen, den 22. Dezember 1921. Die Amtshauptmannschaft.

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 ab ist der Preis des Kraftstroms auf 3.— Mark } für die Kilowattstunde  
des Lichtstroms auf 4.— Mark }

festgesetzt worden.

Gleichzeitig sind die Zählermieten ab 1. Januar 1922 um 100 Prozent erhöht worden. Sie betragen nunmehr pro Monat für

- kleine Zähler 0.60 Mark,
- mittlere Zähler 2.— Mark,
- große Zähler 4.— Mark.

Wilsdruff, am 28. Dezember 1921.

Der Stadtrat, Elektrizitätswerkverwaltung.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Nach Londoner Meldungen soll an den am 15. Januar und 15. Februar fälligen deutschen Zahlungen nichts gestrichen werden.

\* Briand will beim Obersten Rat vor allem eine scharfe Finanzkontrolle über Deutschland durchsetzen.

\* Jagow wird seine Festungsbauten in der pommerischen Anstalt Gollnow verbüßen.

\* Im Nordprozeß Gruppen wurde vom Verteidiger Revision angemeldet.

\* Die Konferenz von Cannes wurde auf den 6. Januar festgesetzt. Deutsche Sachverständige sollen daran teilnehmen.

\* In Nordböhmen sind schwere Unruhen ausgebrochen, die zu blutigen Zusammenstößen führten.

\* Die Flottenkommission in Washington hat beschlossen, die Unterseeboote als Kriegswaffe beizubehalten.

### Brücke oder Barriere?

Aufmerksame Beobachter der polnischen Politik wanken in den letzten Tagen eine erhöhte Betriebsamkeit der maßgebenden Männer in Warschau beobachtet haben. Eine außerordentliche Ministerratssitzung unter Vorsitz des Staatspräsidenten Piłsudski, die Anwesenheit der Geschäftsträger in Moskau und Paris, wiederholte Besprechungen des französischen Botschafters mit dem polnischen Regierungschef finden in der Warschauer Presse mehr oder weniger sensationell jugespizte Erläuterungen. Und die unmittelbar bevorstehende Abreise der russischen und ukrainischen Geschäftsträger nach Moskau und Charkow geben naturgemäß in gleicher Weise Stoff zu weitgehenden politischen Vermutungen.

Die einen sind der Meinung, daß Polen seine Beziehungen zu Rußland, die trotz des Friedens von Riga blöder recht viel zu wünschen übrig ließen, nun endlich auf eine wirklich dauerhafte Grundlage stellen wolle. Es ist in den letzten Monaten wiederholt vorgelommen, daß Vertreter der polnischen Republik in Moskau und anderwärts auf russischem Boden mit einer Nachsicht behandelt wurden, die selbst für sowjetrussische Maßstäbe bis ans Unglaubliche streifte. Selbst körperliche Mißhandlungen fehlten nicht bei diesen freundschaftlichen Verkehrformen, und da sich die Polen bei allem Geschrei, das sie darüber machten, schließlich doch immer mit leibenslangen, sogar von innerem Hohn nicht freien Entschuldigungen der russischen Sowjetbehörden zufrieden gaben, war schwer zu erkennen, welcher von beiden Seiten sich als der Stärkere fühlte. Aber nun strebt Rußland, wie bekannt, seine Wiederaufnahme in den Kreis der gleichberechtigten Nationen des Kontinents an und glaubt, was England betrifft, nach der Unterredung Krassin mit Lloyd George ziemlich nahe am Ziel angelangt zu sein. Die britische Regierung scheint aber in dieser Frage, nach früheren ählichen Erfahrungen, wenn irgend möglich nur im vorberzigen Einvernehmen mit Frankreich weiterzugehen zu wollen, und dieses will sich seine Anerkennung der Sowjetregierung selbstverständlich gebührend bezahlen lassen. Zu diesem Zweck soll Polen um seine Dienste als „ehrlischer Makler“ angegangen worden sein, und darauf wäre, immer nach der vorherrschenden Annahme der Warschauer polnischen Kreise, die erhöhte Tätigkeit der polnisch-russisch-französischen Diplomatie zurückzuführen. Es ist selbstverständlich, daß diesen Vorgängen sofort eine deutschfeindliche Spitze gegeben wird. Man verweist auf die bekannte Bestimmung des Versailles Vertrages, die den späteren Beitritt Rußlands zu diesem Vertrag vorbehält, gegen die Versicherung, die deutschen Reparationsverpflichtungen dann auch auf das ehemalige Zarreich auszudehnen. Das ist eine Lockung, der, wie man annimmt, Lenin und Trotski, wenn auf sie ein entsprechender Druck von London und Paris her ausgeübt wird, nicht widerstehen können.

Und Polen frohlockt schon bei dem Gedanken, daß auf der für Anfang des nächsten Jahres in Aussicht genommenen internationalen Wirtschaftskonferenz wohl Polen und Rußland vertreten sein würden, nicht aber das verhasste Deutsche Reich. Eine Rechnung, die sicherlich nicht ganz stimmen wird, an der sich aber leicht entzündliche Gemüter eine kleine Beile wenigstens berauschen können.

Anderer Beobachter der Warschauer Vorgänge sind geneigt, ihnen eine wesentlich nüchternere Auslegung zu geben. Danach handelt es sich lediglich um die möglichst schnelle Aufnahme von Besprechungen über die Handelsbeziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland. Die fortschreitende Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftspläne habe in der polnischen Öffentlichkeit wachsende Verwirrung erzeugt, und die „Matterdienste“ Polens sollen nicht von Frankreich, sondern von Rußland erbeuten worden sein, um in Paris gut Wetter zu bereiten für die Anerkennung der Sowjetregierung. Von Moskau aber kann man so gut wie sicher sein, daß es das neue Polenreich sich allenfalls als Brücke, nicht aber als Barriere gegen den Westen denkt, auch nicht um den Preis einer zweifelhaften deutschen Reparationsleistung. Man wird in Warschau gut daran tun, sich nicht mehr lange in falschen Vorstellungen zu wiegen, damit die Enttäuschung, wenn von anderer Seite ein gehöriges Maß Wasser in den Wein der Begeisterung geschüttet wird, nicht zu sehr schmerzt. Die Russen sind zu klug, um ihre Politik in den Dienst fremder Interessen stellen zu lassen.

### Briands Programm.

Deutschland soll beaufsichtigt werden. Je mehr Einzelheiten über das Ergebnis der Londoner Beratungen in den letzten Tagen eintrafen, um so deutlicher stellte es sich heraus, daß die Warnung vor jedem Optimismus nur allzu gerechtfertigt war. Es scheint, daß alle Reformpläne auf Cannes verschoben wurden. Zunächst aber ist zu erwarten, daß die Reparationskommission Deutschland die Mitteilung zukommen lassen wird, daß die beiden

nächsten Zahlungen vollständig erfolgen müssen. Auch in England ist man davon wenig erbaunt. Man weist zwar darauf hin, daß man von einem Mißerfolg der Londoner Konferenz nur insoweit sprechen könne, als Deutschlands Hoffnungen nicht erfüllt würden. Die Alliierten würden wegen der Zahlung der Prozentsätze der Ausfuhrabgabe, die nicht eingezogen wurde, einstweilen nichts unternehmen. Die beiden nächsten Termine der Entschädigungszahlungen bleiben jedoch bestehen. Die englischen Berichterstatter schieben die Schuld an der weiteren Verzögerung der Unterhandlungen auf

Frankreichs unersöhnliche Haltung gegenüber Deutschland. Es wird nicht bezweifelt, daß Italien sich auf den Standpunkt der englischen Politik bei den Verhandlungen des Obersten Rates stellen wird. Jedenfalls dürften die Stimmen Englands und Italiens genügen, um Frankreich von unbesonnenen Schritten gegenüber Deutschland zurückzuhalten. — Nunmehr ist der Beginn der Tagung des Obersten Rates in Cannes endgültig auf den 6. Januar festgesetzt worden. Den Beratungen wird jedenfalls eine Privatverhandlung zwischen Lloyd George und Briand vorangehen. Für die Konferenz sind sechs Tage vorgesehen. Dann soll eine Konferenz der alliierten Außenminister stattfinden, die sich mit der Frage des neuen Ostens beschäftigen werde. Für diese Beratungen seien 10 bis 12 Tage in Aussicht genommen. Das englisch-französische

Programm für die Beratungen in Cannes, das dem Augenschein nach im wesentlichen das

Programm Briands zu sein scheint, enthält drei Hauptpunkte:

1. die Wiederaufrichtung Rußlands durch die Wiederherstellung seiner Eisenbahnlilien und seines Eisenbahnmateriale;

2. die Lösung der Frage der Wechsellieferung und

3. bezüglich Deutschlands besondere Maßnahmen für die strenge Beaufsichtigung der Zollmaßnahmen, der Ausfuhr von Kapital, des Budgets der Reichsbank und der Währungsreform. Diese Kontrolle müsse mittelbar auf das deutsche Vermögen im Ausland ausgedehnt werden.

Das sei der Plan des europäischen Wiederaufbaues, der sich unmittelbar mit dem Reparationsproblem verbinde, weil die Wiederherstellung Deutschlands die Vorbedingung für die berechtigte Erfüllung dessen sei, was seine Gläubiger von ihm erwarten. Es müsse durch die Anstrengungen einer europäischen Gemeinschaft auf dem Finanzmarkt ein Teil der deutschen Schulden mobilisiert werden und damit durch Anleihen den dringendsten Bedürfnissen der Nationen Genüge geleistet werden, die Frankreich für seine Kriegskosten ungeheure Vorschüsse hätten leisten können.

### Doch Enttäuschungen?

Eine noch unbefähigte Londoner Meldung will von einer Vereinbarung zwischen Briand und Lloyd George wissen, wonach Deutschland an Stelle der festen Annuitäten von 2 Milliarden Goldmark für 1922 nur 500 Millionen Goldmark in bar in Noten bis zum 15. April zahlen solle. Hierin ist die Gewährleistung für die Okkupationsarmee eingerechnet. Außerdem hätten Sachleistungen wie bisher zu erfolgen, und ferner sei das Wechseltender Abkommen zu erfüllen. Außerdem bleibt die Prozentige Ausfuhrabgabe bestehen die unter die Sachleistungen miteingerechnet werden soll. Vorbedingung für alles dieses ist, daß der Oberste Rat der Regelung zustimmt.

### Politische Rundschau Deutsches Reich.

Ein arbeitsreiches Weihnachtsfest.

Der Lauf der internationalen Politik hat vor dem Feste nicht Halt gemacht. Sowohl in Berlin als auch in London und Paris hat man auf die übliche Feiertagsruhe verzichten müssen. Da Dr. Rathenau nicht vor dem Weihnachtabend von London zurück sein konnte, mußte sich die Regierung dazu entschließen, die Feiertage für die dringenden Besprechungen mit ihm bereitzustellen, denn die Reparationskommission mußte ohne Verzug die von Rathenau Bericht abhängige Antwort auf ihre letzte Note bekommen. Der deutsche Reichskanzler hat daher seine geplante Weihnachtsreise in seine bairische Heimat aufgegeben, aber auch Lloyd George zog es vor, in London zu bleiben, um die Konferenz von Cannes durch Besprechungen mit englischen Wirtschaftspolitikern vorzubereiten, während Briand noch am Weihnachtabend durch eine für ihn recht schwierige Debatte in der französischen Kammer an Paris gefesselt blieb.

Für den Wiederaufbau Rußlands.

Die in Berlin begründete Wirtschaftsstelle für Verkehr, Handel und Industrie mit dem Osten, eine Zusammenfassung von Industriellen und Arbeitnehmern, ist mit einer der größten amerikanischen Bankgruppen in Verbindung getreten zur Vergabe eines Betrages von 250 Millionen Dollar an deutsche Banken zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands. Die Vorberhandlungen sind, wie verlautet, bereits zu einem gewissen Abschluß gelangt.

Das Ostklassenverzeichnis mit rückwirkender Kraft.

Auf Antrag der Arbeitnehmerorganisationen erklärten sich das Reichsfinanzministerium und das Reichspost-